Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

Nr. 14. Jahrgang 200.

Bezugspreis f. Halle u. Vororte 2,60 Mk., durch d. Post bezogen 3 Mk. f. d. Vierteljahr. Post-Zeitungsliste Nr. 8280. Die Hall. Ztg. erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hall. Courier (tägl. Feuilletonbell.). Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbell.), Landw. Mitteilung.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile od. deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Schriftleitung: Dr. Walther Gebenbleben in Halle a. S.

Mittwoch, 9. Januar 1907.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon-Amt VI a Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Die große kolonialpolitische Versammlung in Berlin.

In der auf Veranlassung einer freien Vereinigung von Gelehrten und Künstlern bekanntlich Dienstag abend in der Hochschule für Musik zu Berlin abgehaltenen Versammlung hielt Kolonialdirektor Dernburg einen Vortrag über die kolonialen Fragen, in dem er zunächst darauf hinwies, daß die Frage der deutschen Kolonien, ihre Behandlung und ihre Zukunft ganz unabhängig von der Stellung, welche man im deutschen politischen Leben als Parteipolitiker einnimmt, unabhängig von der Konfession, unabhängig von der sozialen Stufe ist, auf welcher sich der Beurteilende befindet. Er fuhr sodann fort:

Für uns Deutsche stellt sich jetzt die Frage: Fühlt sich die Nation innerlich kräftig und stolz genug, die einmal begonnene kolonisatorische Kulturaufgabe nicht aufzugeben, fühlt sie sich reich genug, weitere Ausgaben zu machen, die nicht unmittelbar rentieren, oder will sie sich in Kleinmut, unter allerhand Aengstlichkeiten und gedeckt durch den Dampf, den die Kanoniere der Kolonialskandale erzeugen, zurückziehen? Deutschland hat seine Position, in Hinsicht auf die Geisteswissenschaften an der Spitze der Kulturnationen zu marschieren, stets zu verteidigen gewußt. Im letzten Jahrhundert ist Deutschland auch an der Spitze der Nationen in bezug auf die angewandte Wissenschaft, auf die Technik getreten. Diese Mittel aber sind die modernen Mittel der Erschließung fremder Weltteile, der Hebung niedriger Kulturen, der Verbesserung der Lebenslage für Schwarze und Weiße. Es ist in die breiten Schichten unseres Volkes noch nicht gedrungen, was denn eigentlich Kolonisation heißt, weil diese Probleme den Binnendeutschen doch sehr fern liegen. Kolonisation, ganz gleichgültig, ob es sich um Plantagenkolonien oder um Ansiedlungskolonien handelt, heißt die Nutzbarmachung des Bodens, seiner Schätze, der Flora, der Fauna und vor allem der Menschen zugunsten der Wirtschaft der kolonisierenden Nation, und diese ist dafür zu der Gegengabe ihrer höheren Kultur, ihrer sittlichen Begriffe, ihrer besseren Methoden verpflichtet. Der Eingeborene ist der wichtigste Gegenstand der Kolonisation, ganz besonders in allen unseren Plantagenkolonien. Tausende von Jahren haben jene Eingeborenen gelebt vom Krieg und Sklavenjagd. Jahrtausende haben sie ihre eigenen Chefs und deren Gerichtsbarkeit gehabt, Jahrtausende am Feinde unmittelbar Rache genommen, die Feinde nicht nur getötet, sondern auch gefressen. Nun verlangen gewisse deutsche Kolonisatoren, daß innerhalb 30 Jahren oder einem ähnlichen Zeitraum diese Menschen alle umgewandelt werden, zivilisiert und produktiv werden, nach europäischer Methode Handel treiben und konsumkräftig werden sollen. Hier hilft aber nur langsame, verständige, überlegte Tätigkeit, besonders befähigter und vorgebildeter Leute, deren Bewegungsfähigkeit nicht zu stark eingeschränkt werden darf. Nicht zu viel Vorschriften, keine Bureaukratie, sondern Männer mit gesundem Menschenverstand, freier Anschauung, die den Druck der neuen Regierung nur da ausüben, wo es eben zur Erfüllung jener beschränkten Aufgaben absolut notwendig ist. Die Geschichte der Kolonisation der Vereinigten Staaten hatte als ersten Akt die nahezu vollständige Vernichtung der Ureinwohner. Mit dem kulturellen Fortschritt in der Welt haben auch die Kolonisationsmethoden eine große Wandlung durchmachen können. Hat man früher mit Zerstörungsmitteln kolonisiert, so kann man heute mit Erhaltungsmitteln kolonisieren, und dazu gehören ebenso der Missionar wie der Arzt, die Eisenbahn wie die Maschine, also die fortgeschrittene theoretische und angewandte Wissenschaft auf allen Gebieten.

Kolonialdirektor Dernburg wies sodann auf das erfreuliche Wirken der Missionen, auf die glänzenden Erfolge der Aerzte gegen Malaria und Schlafkrankheit und gegen Rinderpest hin und fuhr fort: Wir haben als wichtigstes Kolonisationsmittel die Eisenbahn. Millionen von Eingeborenen werden durch sie verdienstfähig und beginnen ihren Verdienst anzulegen in Kulturgütern. Durch die Uganda-Bahn werden wilde Stämme vollständig für die Arbeit gewonnen, viele beginnen bereits englisch zu sprechen. Raubzüge sind jetzt infolge des neuen Verkehrsmittels geradezu unmöglich geworden. Der Ackerbau der Eingeborenen und der Export von Körnerfrüchten, Kartoffeln und Bohnen aus dem Innern von Uganda hat seit 1903 sich verdoppelt und verdreifacht.

Kolonialdirektor Dernburg besprach sodann die Fortschritte, die von der Entwicklung der modernen Technik, namentlich der Bohrtechniker und den Windmotoren der Elektrotechniker, der Geologen, der Mitwirkung der Juristen, Naturwissenschaften, Theologen, Philologen und der Statistik zu erwarten sei, sowie daß auch der Kunst sich in den Kolonien ganz neue Gebiete erschließen. Hierauf führte er aus: Die Kolonialfrage ist also zum guten Teile eine Geldfrage, und da ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Nation zu prüfen. Das Deutsche Reich hat in 22 Jahren 700 Millionen Mark für seine Kolonien ausgegeben, also durchschnittlich etwa 30 Millionen Mark jährlich. In diesen 22 Jahren hat sich das deutsche Nationalvermögen um mindestens 30 000 Millionen vermehrt. Die Ausgaben für die Kolonien betragen hiervon etwa 2 Prozent. Die Sparanlagen des deutschen Volkes in den öffentlichen Sparkassen betragen zurzeit jährlich etwa 700 Millionen Mark, und die zeitigen Einlagen in diesen Sparkassen etwa 18 000 Mill. Es betragen also die gesamten Ausgaben für unsere Kolonien in 22 Jahren nicht mehr, als der weniger bemittelte Teil unseres Volkes in einem Jahre zurückgelegt hat und durchschnittlich aufs Jahr gerechnet weniger als ein Viertel vom Hundert des Sparkassenvermögens. Wenn die Kolonialpolitik bis jetzt einem besonderen Kreise des deutschen Volkes Vorteil gebracht hat, so ist es der Kreis der Industriearbeiter. Von einem Gesamthandel der deutschen Schutzgebiete außer Kautschuk von 100 Mill. Mk. gehen etwa für 50 Millionen deutsche Industrieprodukte zurzeit nach den Schutzgebieten. Nimmt man an, daß unsere industrielle Ausfuhr nach den Kolonien im Werte von 50 Mill Mk. durch Zahlung von 40 Mill. Mark Löhne fabriziert wird, und daß die Arbeiter etwa ½ des jährlichen Reichsaufwandes für die Kolonien, nämlich 10 Mill. Mark, zu tragen hätten, so würde immer noch auf jede Mark Aufwand 4 Mk. Einkommen an Verdienst treten, das durch die Kolonien bedingt ist. Auf die Gesamtheit der in Deutschland gezahlten Arbeitslöhne von jährlich über 12½ Milliarden Mark und bei einem Beitrag von 33⅓ Prozent seitens aller Lohnarbeiter in Deutschland zu den kolonialen Unkosten würden auf jeden Mann mit 1000 Mk. Einkommen 80 Pfg. pro Jahr an Steuer zu den kolonialen Kosten kommen, das ist der Lohn für eine bis zwei Stunden Arbeit im Jahr.

Aber noch deutlicher wird die Frage illustriert, wenn Sie die Gesamtauslagen für die Kolonien mit dem Nationalvermögen in Vergleich bringen. Dieses Nationalvermögen hat man schon vor 10 Jahren auf etwa 150 Milliarden Mark angesetzt, die Ausgaben für die Kolonien in 22 Jahren sind davon ½ Prozent. Von jeder Mark deutschen Nationalvermögens ist in der ganzen Zeit unseres Besitzstandes ½ Pfg. in unsere Kolonien gegangen. Wer sich diese Ziffern vor Augen hält, kann nicht sagen, daß die Anforderungen, die unser kolonialer Besitz an uns stellt, solche sind, die die deutsche Nation nicht gern und freudig leisten könnte.

Redner zeigt hierauf durch besondere Besprechung des südwestafrikanischen Schutzgebietes die Einwirkung der angewandten und theoretischen Wissenschaften auf die koloniale Entwickelung. Er führt aus: Unsere historische Kenntnis lehrt uns, daß unser südwestafrikanisches Schutzgebiet vor nicht langer Zeit bis zu 2 Millionen Stück Rindvieh in einem Werte von etwa 200 Millionen Mark beherbergt hat. Dabei sind während dieser Jahre selbst für den weißen Ansiedler die Produktionskosten eines Stück Rindviehs 25 bis 27 Mark, während der Verkaufspreis heute 300 Mark ist, der in normalen Zeiten wohl auf 120 bis 100 Mark zurückgehen dürfte. Boden und Futterkräuter sind die gleichen sowohl im Norden wie im Süden, wie sie in dem Betschuanaland bezw. der Karoo der benachbarten Kapkolonie existieren. Fortwährend werden neue Gewächse entdeckt in der ganzen Welt und erfolgreiche Versuche für ihre Anpflanzung in Südwestafrika gemacht, um diesen anscheinend so unertragsfähigen Baden mit hochwertige Produkte liefernden Pflanzen zu besäen. Die Tabakanpflanzungen gedeihen ganz ausgezeichnet in den Flußtälern. Mais und Bohnen, Weizen, Gerbstoffe, Baumwolle und Wein können in großen Mengen angesetzt werden. Die Wassererschließung wird jetzt von dem Bohrtechniker systematisch in die Hand genommen, und es zeigt sich, daß an unzähligen Stellen Südwestafrikas Wasser gut und reichlich zu haben ist. Aber um es zu heben, braucht man dann den Windmotor, und dieser wieder braucht, um in das Land zu gelangen, die Eisenbahn. Kupfer wird erfolgreich gewonnen. Marmor und Diamanten, Goldspuren usw. weisen darauf hin, daß auch da die Geologie noch mancherlei aufzuklären, die Chemie manchertei festzustellen hat; es wird demnächst ein Laboratorium für diese Zwecke im Schutzgebiet errichtet werden. Nachdem aber jetzt friedliche Verhältnisse einkehren, werden wir dafür sorgen, daß sich der Stamm der Herero wieder erholt, wir werden den Hottentotten ihre Unsittigkeit abgewöhnen und sie von gefährlichen zu nützlichen Bürgern machen. Deutsch-Südwestafrika hat 842 000 Quadratkilometer, die Kapkolonie hat 495 000 Quadratkilometer und es leben darauf 350 000 Weiße. Die Einfuhr in der Kapkolonie betrug im Jahre 1903 700 Millionen Mark. Ich stelle fest, daß für 20 000 000 Straußenfedern, für 13 000 000 Angoraziegenhaar, für 37 000 000 Schafwolle und für 23 000 000 Edelmetalle ausgeführt worden sind. Der Staat hatte am 31. Dezember 1903 4000 Kilometer Staatsbahn in Betrieb, die sich mit durchschnittlich 3½ Prozent rentierten. Das Gesamtbudget war 235 000 000 Mark und zeigte einen Ueberschuß von 10 000 000 Mark nach Zahlung sämtlicher Zinsen, Amortisationen usw. für die Eisenbahn. Für Südwestafrika können wir einen sehr großen Teil davon erreichen. Ich persönlich halte Südwestafrika, und ich spreche das mit voller Ueberzeugung nach langer Ueberlegung aus, für die sicherste sämtlicher Kolonien in materieller und klimatischer Beziehung, die wir Deutsche besitzen, ungeachtet der wirklich hohen Meinung, die ich auch von dem Rest unseres kolonialen Besitzes habe.

Ich will auch noch kurz darauf hinweisen, wie wichtig dieser Besitz für alle Klassen unserer Bevölkerung ist. Wirklichen Nutzen an den Kolonien haben bisher nur die Industriearbeiter gehabt, welche ja jetzt die ganze Kolonialpolitik in Bausch und Bogen verdammen wollen. Von jenen erreichneten 700 000 000 Mark, die Deutschland für seine Kolonien ausgegeben hat, ist sicher mehr als die Hälfte, wenn nicht drei viertel, als Arbeitslohn in die Hände der Industrien gegangen und hat direkt die Arbeitsnachfrage vermehrt und auf die Löhne eingewirkt. Aber unsere Industrie wird auch von der Entwickelung der Kolonien weiterhin eine starke Unabhängigkeit gewinnen in bezug auf ihre Rohprodukte und ihren Absatz. Auch die Landarbeiterbevölkerung, die zum erheblichen Teil die Oelfrüchte und anderen Produkte, die den Kolonien eigen sind, konsumiert, wird in ihrer Lebenshaltung erleichtert. Der Zersplitterung unseres Grundbesitzes in Deutschland wird in gewisser Weise entgegengearbeitet. Denn schon jetzt ist eine Anzahl von zweiten Söhnen besser gestellter Landwirte teils unterwegs, teils bereit, nach Südwestafrika und in andere unserer Kolonien auszuwandern und dort neu zu beginnen, um eine weitere Zersplitterung des heimischen Familienbesitzes zu vermeiden. Die Bewegung ist sehr aussichtsvoll, wenn man bedenkt, daß Länderstrecken in Westafrika von 1½mal der Größe des Deutschen Reiches für Weiße besiedlungsfähig sind, in Ostafrika nach Rechnung des Herrn Leue ein Gebiet mindestens in der Größe von Preußen, was dort um so wichtiger ist, als der Boden fruchtbar ist.

Kolonialdirektor Dernburg schloß: „Meine Herren, in unserer Nation schlummern — wir haben das bei mancher ernsten Gelegenheit gesehen — viele und starke Kräfte, die bereit sind, sich in den Dienst einer großen nationalen Aufgabe zu stellen. Helfen Sie uns, diese Kräfte zu lösen. An Sie, die Hüter der Kulturgüter unserer Nation, an die Führer und Lehrer unserer heranwachsenden Geschlechter geht im nationalen Interesse unsere Bitte, helfen Sie uns, den Impuls zu erwecken, ohne den nach einem Bismarckschen Worte keine Kolonialpolitik Erfolg haben kann."

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 9. Januar.

Warum keine Polizeitruppe?

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" tritt in einem längeren Artikel der Behauptung in der bekannten Broschüre Erzbergers entgegen, daß eine Ersparnis von 33 Millionen Mark zu erzielen sei, wenn man von den 8000 Mann der Schutztruppe in Südwestafrika 5500 in Polizeitruppen verwandele, und gibt auf die Frage der „Kölnischen Volkszeitung": „Warum für Südwestafrika keine Polizeitruppe? der Polizist kostet 3000 Mk., jeder Schutztruppenreiter aber fast 10 000 Mk. jährlich" die Antwort: „Weil die Rechnung falsch ist".

Zunächst zeige schon die allgemeine Ueberlegung, daß bei der Niederwerfung eines Aufstandes die Polizeitruppe nicht billiger sein kann als die Schutztruppe. Für die Verpflegung, Bekleidung, Berittenmachung, Bewaffnung, Ausrüstung, Unterkunft und Krankenbehandlung müßte bei der Polizeitruppe in gleichem Umfange gesorgt werden wie bei der Schutztruppe. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" weist zahlenmäßig nach, daß die Kosten für einen Polizeisergeanten — das ist der niedrigste Dienstgrad des in dem Schutzgebiet vorhandenen Polizeipersonals — in Friedenszeit in Windhuk insgesamt 4260 Mark betragen, für einen Schutztruppensergeanten unter den gleichen Verhältnissen 3090 Mk., daß demgemäß ein Polizeisergeant teurer ist als ein Schutztruppensergeant, also erst recht teurer als ein Schutztruppenreiter im Frieden. Aber selbst während kriegerischer Verhältnisse seien die Kosten für einen Schutztruppensoldaten nicht wesentlich höher als die Kosten für einen Polizeisergeanten im Frieden. Man könne aus dem Etatentwurf für 1907, der für rund 8000 Mann allerdings 83 Mill. Mk. vorsah, die Aufwendungen für den einzelnen Reiter nicht derart errechnen, daß man die Summe durch die Kopfstärke dividiert; denn in jenen Millionen sind die gesamten Ausgaben, die der Krieg erfordert, enthalten. Zur Ermittelung der wirklichen Kosten für den einzelnen Reiter müsse man die Gesamtausgaben für die Offiziere, die Aerzte, das Beamtenpersonal, die eingeborenen Gefangenen, die Transporte, die Artillerie, das Feldgerät, die Lazarette, die Pensionen, die Militärrenten usw., zusammen rund 52 Millionen Mark, ausscheiden; dann ergeben sich für einen Mann bis zum Feldwebel einschließlich durchschnittlich 4500 Mark gegenüber den Kosten eines Polizeisergeanten im Friedensverhältnis von 4260 Mark. Das beweise, wie leichtfertig es von dem Zentrum war, und daß es ihm lediglich darum zu tun war, Wahlagitation zu treiben.

Die Aufnahme des Silvesterbriefes.

Gegenüber den Bemerkungen der „Kreuzzeitung" über die Aufnahme des Silvesterbriefes des Reichskanzlers schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Soweit die Beobachtungen der „Kreuzzeitung" richtig sind, enthalten sie ein ungünstiges Zeugnis nicht sowohl für den Brief Bülows als für den alten deutschen Parteigeist, gegen den er gerichtet war. Das Zentrum, gegen das der Brief wegen seines im Bunde mit der Sozialdemokratie bewiesenen Fraktionsegoismus zur Einigung aller nationalen Elemente mahnt, ist geschmeichelt, weil der Brief seine frühere Mitarbeit an den wichtigen Reichsgesetzen nicht verschweigt. Die Freisinnigen, auf deren wachsendes Verständnis für die großen nationalen Fragen der Reichskanzler hofft, sind umgekehrt beleidigt, weil der Brief auch von ihrem früheren Doktrinärismus spricht. Die Konservativen sollen getränkt sein, weil neben der Anerkennung ihrer bewährten nationalen Haltung der Brief den unbedingt notwendigen Schutz der Landwirtschaft und seine Sicherung in den Handelsverträgen erwähnt. Eine derartige Empfindlichkeit scheint uns zu beweisen, wie wahr das Wort von der deutschen Eigenart und dem deutschen Schicksal in dem Silvesterbriefe ist, daß wir unsere Stellung lieber nach allgemeinen Gefühlen und Begriffen, als nach nationalen Gesichtspunkten und realen Interessen nehmen. Hoffentlich wird sich das gesunde und unabhängige, vor allem auf die obersten Reichsinteressen blickende Urteil, an das der Reichskanzler appellierte, durch solche Schwächen des Fraktions- und Parteigeistes nicht beirren lassen.

Die Sozialdemokratie und die Arbeiterwohlfahrt.

Angesichts der Reichstagswahlen ist es zur Kennzeichnung der Sozialdemokratie als angebliche Arbeiterpartei von Wert, festzustellen, wie sich die sozialdemokratische Fraktion unserer sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung gegenüber verhalten hat. Sie hat gestimmt:

1883	gegen	die Krankenversicherung,
1884	„ „	Unfallversicherung,
1889	„ „	Invaliditäts- und Altersversicherung,
1890	„	das Gesetz, betr. Einführung der Gewerbegerichte,
1891	„ „	Arbeiterschutzgesetz,
1881	„	die erste Börsensteuer-Vorlage,
1893	„ „	zweite Börsensteuer-Vorlage,
1895	„	das Börsengesetz,
1895	„ „	Gesetz z. Bekämpf. d. unlt. Wettbewerbes,
1890	„ „	erste Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers,
1894	„ „	verschärfte Gesetz z. Bekämpf. d. Wuchers,
1896	„ „	bürgerliche Gesetzbuch.

Wenn die bürgerlichen Parteien diese Gesetze nicht in heftigem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zustande

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190701092-12/fragment/page=0001

gebracht hätten, so fähe es um den Arbeiterstand heute traurig aus und der Mittelstand wäre noch viel schlimmer daran als heute. Die sozialdemokratische Partei hat also gegen alle Arbeiterwohlfahrtsgesetze gestimmt. Das nennt sich „Arbeiterpartei"!

Katholiken gegen Ultramontane.

Auch im Wahlkreise Osnabrück ist es in der Zentrumspartei zu einer Spaltung gekommen. Am 4. Januar wies Baron v. Korff-Sutthausen, bisher eifrigster Zentrumsmann, in öffentlicher Versammlung die Kandidatur des Zentrumskandidaten Schwedtmann energisch zurück. Er führte dabei u. a. aus: „Früher hieß es: Um ein guter Katholik zu sein, muß man dem Zentrum angehören; heute aber sage ich — und das möchte ich besonders auf dem Lande verbreitet wissen —: Man kann ein sehr guter Katholik sein, ohne dem Zentrum anzugehören. Ich bin ein Katholik und spreche hier in vorwiegend protestantischer Gesellschaft, aber die Versicherung gebe ich Ihnen, daß ich auch nicht ein Titelchen von meiner katholischen Religion abgeben, nie meinen angeborenen Glauben verleugnen werde. Was soll ich dazu sagen, wenn jemand, der jetzt die maßgebende Stelle im katholischen Volksverein inne hat, in der ersten Versammlung, welche wegen der Wahl abgehalten wurde, sich nicht schämt, vorzuschlagen, mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache zu machen! Meiner Ehre bin ich es schuldig, offen zu erklären: Ich stehe auf streng katholischem Standpunkt. Aber soweit meine Kräfte gehen, als Katholik werde ich niemals dulden, daß die rote Sozialdemokratie unter schwarzer Flagge fährt." Nach einer Besprechung der Kandidatenfrage fuhr Herr v. K. fort: „Es bleibt uns niemand anders übrig wie (der nationalliberale) Wamhoff. Weiter brachte der Redner zur Kenntnis, daß die Kandidatur des Arbeitersekretärs Schwedtmann in der ersten Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrumspartei von einer der Hauptpersonen des katholischen Volksvereins ganz offen mit dem Hinweis auf die mögliche Unterstützung durch die Sozialdemokratie empfohlen sei.

Die Wahlbewegung.

Der Gesamtvorstand des Berliner deutschkonservativen Wahlvereins hat beschlossen, im ersten Berliner Reichstagswahlkreise Postsekretär Stockmann als Kandidaten der Mittelstandsvereinigung und der Konservativen aufzustellen, im zweiten Wahlkreise die Kandidatur des Arbeiters Reinhard zu unterstützen, im vierten Wahlkreise den Magistratsbureau-Assistenten F. Wege und im sechsten Wahlkreise Staatsanwalt Ulrich als konservativen Kandidaten aufzustellen. Die Kandidaturen für den dritten und fünften Wahlkreis werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. — Die nationalliberale Partei stellte als Reichstagskandidaten im Wahlkreise Recklinghausen-Borken den Bergmann Ziebach aus Harpen bei Bochum auf. Er ist Mitglied des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter. — Im Wahlkreise Bielefeld-Wiedenbrück werden die Christlich-Sozialen schon im ersten Wahlgange für den Minister a. D. v. Möller stimmen. Da die Konservativen auch schon erklärt haben, sofort bei der Hauptwahl mit den Nationalliberalen für Möller zu stimmen, ist große Aussicht vorhanden, daß Möller in Stichwahl mit dem sozialdemokratischen Kandidaten kommt. Das Mandat war seit 1890 in den Händen des Zentrums. — Als gemeinsamer Kandidat der Nationalliberalen und des Bundes der Landwirte wurde für den Kreis Frankenthal der Weingutsbesitzer Franz Buhl in Deidesheim proklamiert. — Die Blockparteien in Konstanz haben den Stiftungsverwalter Lohr aus Konstanz im ersten badischen Wahlkreise aufgestellt. — In einer freisinnigen Vertrauensmänner-Versammlung für den Kreis Ober-Barnim wurde der von der Parteileitung vorgeschlagene Postsekretär a. D. Redakteur L. Hubrig in Berlin als Kandidat der freisinnigen Volkspartei einstimmig aufgestellt, nachdem der nationalliberale Kandidat Fabrikbesitzer Marggraff-Wulfswinkel und der mehr rechts stehende Amtsgerichtsrat Schroeter die Uebernahme der Kandidatur abgelehnt hatten. — In dem bisher konservativ vertretenen Wahlkreis Stallupönen-Goldap ist als liberaler Kandidat Rechtsanwalt Zenthöfer-Stallupönen aufgestellt, in dem bisher vom Zentrum vertretenen Wahlkreise Braunsberg-Heilsberg kandidiert der freisinnige Stadtrat Dulz-Königsberg. — Sämtliche nichtsozialistische Parteien des Wahlkreises Braunschweig-Blankenburg einigten sich auf die Kandidatur des Kreisdirektors Langerfeldt in Braunschweig. — Im Wahlkreise Fritzlar-Homberg-Ziegenhain haben die Liberalen, hauptsächlich auf Betreiben aus Lehrerkreisen, gegen den Antisemiten Liebermann den Lehrer Heinrich Freudenstein aufgestellt. — In dem seit 1878 klerikal vertretenen Reichstagswahlkreise Kronach haben die vereinigten Liberalen den Führer der bayerischen Jungliberalen Kaufmann Hübsch-Nürnberg als Kandidaten aufgestellt.

---

* **Der Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses** sprach sich dahin aus, daß die erste Lesung des Etats am Freitag beginnen solle und möglichst am Sonnabend beendet werde. Dann solle Vertagung bis nach den Reichstagswahlen oder den Stichwahlen eintreten.

Der preußische Haushaltetat.

Im Abgeordnetenhause brachte gestern der Finanzminister in der üblichen Weise den Etat mit einem eingehenden Expose der Finanzlage ein. Seinen Darlegungen war u. a. zu entnehmen, daß der neue Etat mit 3 Milliarden 387 Millionen abschließt. Das steuerpflichtige Einkommen hat sich im Laufe von 14 Jahren von 5,7 Milliarden auf 10,1 Milliarden gehoben. Die Zahl der Zensiten mit 900 bis 1200 Mk. Einkommen hat sich in den letzten 10 Jahren von 25 Prozent der Bevölkerung auf 36 Prozent gehoben, wodurch, wie der Minister hervorhob, die Behauptung widerlegt ist, daß lediglich die großen Vermögen gewachsen sind. Die Finanzlage ist, wie schon die Thronrede hervorhob, eine momentan günstige infolge des Aufschwunges der Industrie, von dem der Minister glaubt, daß er in nächster Zeit noch anhalten wird.

Aus dem Etat ist noch hervorzuheben:

Gehaltsaufbesserungen im Gesamtbetrage von 14 Millionen erhalten die Förster, die Grenz- und Steueraufseher, die oberen und mittleren Werkbeamten, die Schutzmänner und Gendarmen, 59 200 Beamte der Eisenbahnverwaltung, darunter die Bahnhofsvorsteher, Bahnmeister, Eisenbahnassistenten, Lokomotivführer, Zugführer, Werkführer, Schirrmeister, Wagenmeister, Lademeister und Weichensteller erster Klasse. Im Etat des Finanzministeriums ist ein Fonds von 3 Millionen eingestellt, der den Fonds für Unterstützung der gering besoldeten Unterbeamten aller Verwaltungen einmalig verstärken soll. Der Mehraufwand durch Abänderung der Pensionsvorschriften der Zivilbeamten und Verbesserung der Hinterbliebenenbezüge beträgt 1 250 000 Mk. Es tritt der Betrag von 1 200 000 Mk. hinzu zum Ausgleich der Härten für solche Beamten und ihre Hinterbliebenen, denen die Vorteile des neuen Pensionsgesetzes nicht zugute kommen können. Für die Unterbeamten, die zum Tragen einer Uniform verpflichtet sind, sind Dienstkleidungszuschüsse im Betrage von 3 600 000 Mk. vorgesehen.

Von den Mehrüberschüssen der staatlichen Betriebsverwaltungen entfallen 54 284 150 Mk. auf die Eisenbahnverwaltung, deren Einnahmen um 204 632 351 Mk. höher veranschlagt sind, und zwar um 45 475 000 Mk. beim Personen- und um 148 340 000 Mk. beim Güterverkehr, während an dauernden Ausgaben 150 348 201 Mk. mehr angesetzt sind. Von den Mehrausgaben sind hervorzuheben 62 507 900 Mk. für persönliche Ausgaben, darunter Bezüge für 10 583 neue etatsmäßige Stellen, 18 592 000 Mk. für Betriebsmaterialien, 30 338 000 Mk. für Oberbau, 30 726 000 Mk. für Betriebsmittel und 1 188 000 Mk. Anteu yessens an den Ergebnissen der gemeinschaftlichen Verwaltung des preußischen und hessischen Eisenbahnbesitzes.

Bei der Verwaltung der direkten Steuern ist der Mehrüberschuß auf 10 091 300 Mk. veranschlagt. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer sind um 11 000 000 Mk. höher angesetzt. Bei den indirekten Steuern ergibt sich ein Mehrüberschuß von 8 427 180 Mk. Die Forstverwaltung bringt einen Mehrüberschuß von 4 144 000 Mk., die Domänenverwaltung von 1 383 330 Mk. Bei der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung ergibt sich trotz des Hinzutritts des Kaliszbergwerks bei Bienenburg, für das ein Ueberschuß von 2 085 000 Mk. veranschlagt ist, ein Minderüberschuß von 1 603 990 Mk., der darin seine Erklärung findet, daß auch für das nächste Rechnungsjahr bei den Staatswerken erhebliche Mehrbeträge für Neu- und Erweiterungsbauten vorgesehen werden mußten.

Die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung weisen einen Mehrbedarf von 15 029 779 Mk. auf. Die Verwaltung der öffentlichen Schuld erfordert eine Mehrausgabe von 14 361 125 Mark.

Der Etat des Finanzministeriums schließt ab mit einer Minderausgabe von 1 395 144 Mk. Für den Fall der Annahme der in Aussicht genommenen Gesetzentwürfe wegen Verbesserung der Pensions- und Hinterbliebenenbezüge sind noch erforderlich zu den eingangs erwähnten 1 250 000 Mk. Zivilpensionen 1 200 000 Mk. Unterstützungen. Bei der allgemeinen Bauverwaltung sind an dauernden Mehrausgaben veranschlagt 1 277 004 Mk., bei der Handels- und Gewerbeverwaltung ist die dauernde Ausgabe um 1 148 760 Mk. gestiegen. Die dauernde Mehrausgabe der Justizverwaltung stellt sich auf 3 761 000 Mk.

Bei der Verwaltung des Innern sind an Mehrausgaben noch veranschlagt, abgesehen von den in den Mehreinnahmen gedeckten Mehrausgaben von 1 873 060 Mk., an Beihilfen für unterstützungsbedürftige ehemalige Krieger überhaupt 9 845 990 Mk. An neuen Stellen bei den königlichen Polizeiverwaltungen sind 616 vorgesehen. Bei der landwirtschaftlichen Verwaltung sind an dauernden Ausgaben 1 231 550 Mk. mehr ausgebracht, namentlich für die Generalkommissionen, landwirtschaftliche Lehranstalten und zur Förderung der Viehzucht; außerdem sind wie im Etat des laufenden Jahres 500 000 Mk. im Extraordinarium als Verstärkung des Dispositionsfonds zu Prämien bei Pferderennen vorgesehen. Die Gestüterverwaltung hat die dauernden Ausgaben um 257 746 Mk. erhöht.

Bei den dauernden Mehrausgaben bei der Verwaltung im Kultusetat im Gesamtbetrage von 7 347 907 Mk. sind zu erwähnen 5 270 905 Mk. für das Elementarunterrichtswesen, darunter Mehrbedarf für zehn neue Seminare und vier neue Präparandenanstalten, 300 000 Mk. zur Errichtung neuer Schulstellen, 2 950 000 Mk. zur Unterstützung von Schulverbänden wegen Unvermögens bei Elementarschulbauten.

Von den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben entfallen auf die Betriebsverwaltungen 200 919 810 Mk., darunter 186 027 800 Mk. auf die Eisenbahnverwaltung, auf die eigentlichen Staatsverwaltungen 82 997 800 Mk.

* **Ratgeber für die Konservativen im Deutschen Reich.** Unter diesem Titel liegt ein praktisches Buch vor, das wir in den Händen aller konservativen Parteimitglieder wissen möchten. Das Buch ist im Auftrage und unter Mitwirkung des Parteivorstandes der deutschen konservativen Partei herausgegeben und im Verlage von R. Hobbing in Berlin SW., Großbeerenstraße 92, erschienen. Der Preis ist, um die Verbreitung zu einer möglichst umfassenden zu machen, auf nur 60 Pfg. (bei Bezug von 25 Exemplaren à 45 Pfg., von 100 Exemplaren à 35 Pfg., von 300 Exemplaren à 30 Pfg.) festgesetzt, obwohl das Buch elegant kartonniert über 150 Seiten Taschenformat umfaßt. Neben sachlichen kurzen Darlegungen des Wesens und der Ziele der konservativen Partei unter Zugrundelegung des Programms enthält das Buch noch ein politisches Fremdwörterbuch, das allen Zeitungslesern von erheblichen Nutzen sein wird, und Auszüge aus der Reichsverfassung, sowie aus der Geschäftsordnung des Reichstages.

---

* **Zum 25jährigen Bischofsjubiläum des Kardinalfürstbischofs Dr. Kopp.** Nach Beendigung des Fest-Gottesdienstes am Dienstag (siehe Nr. 13 der „Hall. Ztg."). Letzte Drahtnachrichten) wurde der Kardinal-Fürstbischof und der Episkopat wieder zum fürstbischöflichen Palais zurückgeleitet. Um 1½ Uhr begann die Gratulationscour im fürstbischöflichen Palais. — Zu dem Festessen, das in den Räumen des Konvikts abgehalten wurde, waren etwa 300 Personen erschienen. Die Reihe der Festreden eröffnete Kardinal-Fürstbischof Dr. Kopp selbst. Die Rede behandelte die Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Beide Gewalten seien keine Gegensätze, diese würden erst durch die Irrungen der Menschen hervorgerufen. Die Rede klang in ein Hoch aus auf die beiden Gewalten, die staatliche, die in der Diözese Breslau durch den deutschen Kaiser und den Kaiser von Oesterreich, und die kirchliche, die durch den Papst vertreten werde. Darauf sprach Kultusminister Dr. v. Studt, der darauf hinwies, daß das verdienstvolle Wirken des Jubilars stets den interkonfessionellen Frieden gefördert habe. Der Minister gab dann seiner Dankbarkeit Ausdruck für die Unterstützung, die er bei seinen Arbeiten durch den Jubilar gefunden habe, besonders bei den Bestrebungen der Wiederherstellung des Friedens zwischen den beiden Konfessionen. In seinen Dankesworten hob Kardinal-Fürstbischof Dr. Kopp die Unterstützung hervor, die er wie von den Provinzialbehörden, so auch von den obersten Behörden stets genossen habe, die von dem Geiste der Duldung und der sachlichen Erwägung erfüllt seien.

---

* **Das Verfahren gegen Wistuba eingestellt?** Der „Germania" zufolge wurde das gegen den Bureauvorsteher Wistuba wegen angeblicher Auslieferung amtlicher Schriftstücke eingeleitet gewesene Strafverfahren, eingestellt.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 8. Januar 1907, 1 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben.

Abg. **von Kröcher** als Präsident der vorigen Session eröffnet die Sitzung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, in das das stark besetzte Haus lebhaft einstimmt. Er teilt darauf mit, daß er anläßlich des Ablebens des Prinzen Albrecht von Preußen das Beileid des Hauses, anläßlich der Verlobung des Prinzen August Wilhelm die Glückwünsche des Hauses den Beteiligten übermittelt habe.

Nunmehr erhält zur Einbringung des Etats das Wort Finanzminister Frhr. **von Rheinbaben**: Indem ich Sie bei der Wiederaufnahme unserer Arbeiten in diesem Hause namens der Königlichen Staatsregierung herzlich willkommen heiße, habe ich die Ehre, auf Grund allerhöchster Ermächtigung das für die Finanzgebarung des Hauses in diesem Jahre erforderliche Material Ihnen zu überreichen. Was zunächst das Ergebnis des abgeschlossenen Rechnungsjahres 1905 betrifft, so habe ich in meiner Etatsrede im Januar 1906 mich dahin geäußert, daß nach Schätzung sich voraussichtlich eine Mehrausgabe in Höhe von 44,9 Millionen Mark ergeben würde. Diese Schätzung ist fast genau eingetroffen, indem die Mehrausgaben des Jahres 1905 tatsächlich 47,6 Millionen betragen. Das Jahr 1905 ergibt im ganzen einen Mehrüberschuß von 46,1 Mill. Hiervon fließen zunächst 30 Millionen in den Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung. Ich komme zum voraussichtlichen Ergebnis des Jahres 1906. Das Jahr 1906 war ein äußerst günstiges in wirtschaftlicher Beziehung. Diese gute Entwickelung spricht sich prägnant aus in der Gewinnung von Kohlen und in der Eisenproduktion. Unsere Steinkohlenproduktion ist im Jahre 1906 auf 137 Millionen Tonnen gestiegen, hat sich also in einem Jahre um nicht weniger als 30 Millionen Tonnen vermehrt. Die Kokserzeugung ist von 15 Millionen Tonnen im Jahre 1905 auf 20 Millionen Tonnen im Jahre 1906 gestiegen, hat also eine Steigerung von nicht weniger als 33 Prozent erfahren. Die Roheisenproduktion des Jahres 1906 hat alle Produktionen früherer Jahre hinter sich gelassen. Sie ist von 11 Millionen im Jahre 1905 auf 12½ Millionen Tonnen im Jahre 1906 gestiegen; also wir haben den weiten Vorsprung, den wir vor allen Ländern Europas bereits erzielt haben, uns noch ferner gesichert und verstärkt. Die Stahlproduktion, in der wir im Jahre 1900 bereits England den Rang abgelaufen hatten, hat sich 1906 um nicht weniger als 20 Prozent gesteigert, und, was für mich das Erfreulichste an diesem Jahre 1906 ist: Diese außerordentliche Steigerung unserer Produktion ist überwiegend vom Inlande aufgenommen worden. (Hört! hört!) Ich habe wiederholt an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß es für uns die erste Notwendigkeit ist, den inländischen Markt zu stärken und zu diesem Behufe auch die Kaufkraft der Landwirtschaft in erster Linie zu heben. (Beifall.) Ich glaube, daß die Entwickelung der letzten Jahre die Richtigkeit dieser Anschauung bestätigt hat, namentlich die Entwickelung des Jahres 1906. Was haben wir für Prophezeiungen der düstersten Art über die Wirkungen der Handelsverträge gehört! Die Industrie würde zum Erliegen kommen; sie würde gezwungen sein, auszuwandern. Nichts von alledem ist eingetreten. Im Gegenteil, die Industrie hat 1906 einen so glänzenden Aufschwung genommen, wie kaum je zuvor, weil sie im Inlande mehr und sichere Abnehmer hat. (Sehr richtig!) Diese Entwickelung durch Erhaltung des Zollschutzes und durch Erhaltung des Veterinärschutzes zu fördern, halte ich für ein dringendes Gebot staatsmännischer Pflicht. (Beifall rechts.) Damit dienen wir auch am allerbesten den Interessen der Industrie. (Beifall.)

Nun, einer solchen sprunghaften Entwickelung, wie sie das Jahr 1906 kennzeichnet, hat die Industrie in ihren meisten Zweigen nicht folgen können, und auch wir mit unseren staatlichen Betriebsmitteln haben dieser Entwickelung nicht in vollem Maße gerecht werden können. Dieser Mangel an Betriebsmitteln, der sich zum Schaden der Industrie und der Landwirtschaft geltend gemacht hat, hat uns natürlich die Pflicht auferlegt, die Verstärkung der Betriebsmittel mit allen Kräften zu fördern, und wir haben getan, was wir konnten. Im Etat für 1906 waren nicht weniger als 140 Millionen Mark für Betriebsmittel gefordert. Ich habe mich zu der durchaus nicht ganz unbedenklichen Maßregel entschlossen, 100 Mill. Mk. auf Anleihe zu übernehmen, und das Haus hat dem zugestimmt. Als aber der Minister der öffentlichen Arbeiten erklärte, daß auch damit dem dringenden Bedürfnis noch nicht genügt sei, habe ich mich zu einem weiteren Schritt entschlossen, zu dem ich die nachträgliche Genehmigung des Hauses erbitte. Ich habe für 1906 einen weiteren Betrag von 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. In den beiden Jahren 1906 und 1907 sind somit nicht weniger als 450 Mill. Mk. zur Beschaffung von Betriebsmitteln bereit gehalten. Das ist ein redlicher Beweis, daß wir nicht engherzig sind, sondern getan haben, was in unseren Kräften stand, um dem Mangel abzuhelfen. Auch sonst haben wir den Eisenbahnbau nach Möglichkeit gefördert. Die Einnahmen der Eisenbahnen werden nach der Schätzung im laufenden Jahre den Etat um 149,6 Millionen Mark überschreiten. Demgegenüber steht aber auch eine Mehrausgabe von 113,1 Mill., so daß sich ein Ueberschuß gegen den Etat von 36,5 Millionen Mark ergibt. Da der außerordentliche Mehrbedarf 62,7 Millionen Mark beträgt, so bleiben noch rund 26,2 Mill. Mk. zu decken, die von anderen Betriebsverwaltungen aufgebracht werden müssen. Insgesamt wird sich für 1906 voraussichtlich ein Mehrüberschuß von 53,6 Millionen herausstellen. Diesem Mehrüberschuß stehen an anderer Stelle ja allerdings auch mehr Ausgaben gegenüber, so daß ich vorläufig den Reinüberschuß auf 37 Millionen schätzen kann. Bei einem Etat von 3 Milliarden ist es natürlich nicht möglich, jetzt schon genaue Ziffern zu geben. Immerhin steht zum mindesten so viel fest, daß der Reinüberschuß 30 Millionen überschreiten wird.

Ich komme nun zu dem neuen Etat. Soweit es sich übersehen läßt, halte ich die wirtschaftlichen Aussichten für 1907 für günstig, dank der Arbeitsfreudigkeit und dank der inniger Verbindung von Wissenschaft und Praxis, die bei uns in der Landwirtschaft wie in der Industrie mehr und mehr hervortritt. Freilich ist die Geldknappheit in mancher Hinsicht in unangenehme Erscheinung getreten. Aber nicht als ein irgendwie vernichtendes Moment. Zum großen Teil wird jedenfalls die Entwickelung davon abhängen, ob die Erneuerung des Kohlensyndikats und des Stahlwerkverbandes gelingt.

Der Etatsentwurf für 1907 schließt ab mit 3 Milliarden 387 Millionen 109 000 Mark. Gegen das Jahr 1906 weist der Etat an Mehreinnahmen auf den Betrag von 376,8 Mill. Mk., im Extraordinarium sind an Mehrausgaben 47 Millionen eingestellt. Der Etat des neuen Jahres zeigt vor allem eine sehr weitgehende Ausrüstung unserer staatlichen Betriebsmittel, namentlich der Eisenbahnverwaltung, und zweitens eine Bereitstellung neuer Etatsmittel für verschiedene Kategorien von Beamten. (Beifall.) Gegen das Jahr 1906 sind in dem Etatsentwurf für 1907 sehr bedeutende Mittel für Betriebsmittel eingestellt worden. Das Extraordinarium erreicht eine Höhe von 182 Mill. Mk. Der hervorstechendste Zug des neuen Etatsentwurfes ist eine weitgehende Fürsorge für die verschiedenen Kategorien der Staatsbeamten. Die Aufbesserung der Gehälter der Beamten, die sich in den Jahren 1890—1907 vollzog, hat die Staatskasse dauernd 91 Mill. Mk. gekostet. Die Fürsorge für die Beamten darf uns aber nicht abhalten, zu prüfen, ob und wo Ungleichheiten vorhanden sind. Diese Ungleichheiten und Härten sind nach Auffassung der Regierung in erster Linie bei zahlreichen Kategorien der Beamten des Außendienstes zu finden. Es sollen nicht weniger als 59 000 Beamte des Außendienstes mit Gehaltsaufbesserungen bedacht werden und zwar in der Hauptsache Weichensteller I. Klasse, Schirrmeister, Werkführer, Zugführer und Lokomotivführer. (Beifall.) Auch die Zechenbeamten der Bergverwaltung und die Förster sollen Gehaltsaufbesserungen erhalten. (Erneuter Beifall.) In ganz besonderem Maße notwendig sind die Aufbesserungen für Schutzleute und Gendarmen. (Lebhafte Zustimmung.) Daß an die Schutzmannschaften im Laufe der Jahre immer erhöhtere Anforderungen gestellt werden, wird niemand leugnen können. Namentlich war bei der Kgl. Schutzmannschaft in Berlin mit der Zeit bereits ein Manko eingetreten, und es bestanden ernste Bedenken für die Aufrechterhaltung des ganzen Außendienstes. Alle Beamten aufzubessern, war jetzt noch nicht möglich. Ich hoffe aber, dies wird im Etat für 1908 geschehen können (Beifall), doch ist schon jetzt ein Unterstützungsfonds von 3 Millionen eingesetzt, um der allgemeinen Teuerung nach Möglichkeit entgegenwirken zu können. Wir schlagen Ihnen weiter vor, den Unterbeamten einen Zuschuß zur Dienstkleidung zu gewähren. Dann soll in einer besonderen Vorlage eine Verbesserung der Pensionsbezüge erstrebt werden. (Beifall.) Z. B. soll die Mindestpension von ¼ auf ½ des Gehalts erhöht werden.

Der Minister geht darauf auf zahlreiche Einzelheiten des Etats ein und schließt mit der Bitte, den Etat, wenn möglich, rechtzeitig zu verabschieden. (Lebh. Beifall.)

Freitag, 12 Uhr: Wahl des Präsidiums. Erste Lesung des Etats. — Schluß 3 Uhr.

Herrenhaus.

Die konstituierende Sitzung des Herrenhauses wurde vom Fürsten Knyphausen mit dem Kaiserhoch eröffnet. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 133 Herren. Das seitherige Präsidium (Fürst Knyphausen, Frhr. b. Manteuffel, Becker) wurde wiedergewählt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190701092-12/fragment/page=0002

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Schlußsitzung der ungarischen Delegation fand am 8. cr. statt. Es ergab sich die vollständige Uebereinstimmung der Beschlüsse zwischen der ungarischen und der österreichischen Delegation.

. Eine allgemeine Volksversicherung.

Der niederösterreichische Landtag nahm am 8. cr. einen Dringlichkeitsantrag an, in dem die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich einen Gesetzentwurf betreffend die **Einführung der allgemeinen Volksversicherung** auszuarbeiten.

Frankreich.

Das Schicksal Raisulis. — Picquarts Reise nach Tunis. — Die Kultusgebäude.

In einem am 8. cr. abgehaltenen Ministerrat legte der Minister des Aeußeren, Pichon, den Stand der Marokko-Angelegenheit dar. Er teilte ein Telegramm des Gesandten Regnault des Inhalts mit, daß Raisuli aus Zinat zu den Wadras entlief, und daß dieser Stamm mit dem Kriegsminister Gebbas über die Bedingungen der Uebergabe dieses Abenteurers verhandle. Zwei Spanier, die von Raisuli gefangen genommen und mit fortgeführt worden waren, entflohen wieder und kehrten nach Tanger zurück. — Kriegsminister Picquart berichtete über seine Reise nach Tunis. Kultusminister Briand gab bekannt, daß die bisher den Bischöfen und Seminaren zur Verfügung gewesenen Gebäude im allgemeinen für Unterrichtszwecke oder für die Schaffung von Museen bestimmt würden.

Italien.

Der Papst und die Friedenskonferenz.

Die „Kölnische Volkszeitung" meldet aus Rom, daß der Papst keine Schritte behufs Zulassung zur Friedenskonferenz im Haag habe tun lassen.

Rußland.

Mord.

In der Jerusalemer-Allee in Warschau haben Unbekannte zwei Detektivs erschossen. Eine hinzukommende Patrouille gab auf die Täter mehrere Schüsse ab, durch die ein Passant schwer verwundet wurde.

Türkei.

Keine Aenderung der Thronfolge.

Die neuerdings wieder auftauchenden Meldungen, nach denen der Sultan die Aenderung der Thronfolge beabsichtige, entbehren jeder Begründung.

Persien.

Der Zustand des Schahs

ist äußerst bedenklich; man glaubt nicht, daß er die Nacht zu heute (Mittwoch) überleben wird.

Aus Nah und Fern.

Die Tat eines Irrsinnigen. Dienstag abend warf ein Mann eine mit Pulver gefüllte Pappschachtel in die Polizeikaserne in Rom. Es erfolgte eine Explosion, die jedoch keinen Schaden anrichtete. Polizeibeamte verhafteten den Täter, der Mannarelli heißt, bereits gerichtlich vorbestraft ist und früher in einer Irrenanstalt interniert war.

Infolge des Lawinensturzes zwischen Gfatter-Boden und Hislau ist der gesamte Verkehr auf dieser Bahnstrecke für etwa zwei Tage eingestellt worden.

Hinrichtung. Dienstag früh um 7½ Uhr wurde in Schweidnitz der Kutscher Hentschel aus Laasan bei Striegau, der seine Geliebte, ein Dienstmädchen, ermordet hat und vom Schwurgericht zum Tode verurteilt worden war, im Hofe des Gerichtsgefängnisses hingerichtet.

Zugentgleisung. Auf der Kanada Pacificbahn entgleiste in der Nähe von Fort William ein Eisenbahnzug. Zwei Personen wurden getötet, zehn verwundet.

Proselytenmacherei. Das „Kreisblatt" in Großgerau berichtet über einen Vorgang, der großes Aufsehen hervorzurufen geeignet ist. Die Darstellung ist unterzeichnet von zwei dortigen evangelischen Geistlichen, Samitätsrat Dr. Lahr und einer Reihe sonstiger Mitbürger der Stadt. Der Vorgang wird wie folgt dargestellt: „Am zweiten Weihnachtsfeiertage wurde die hiesige Gemeindeschwester in eine Familie, in der der Mann katholisch, Frau und Kind evangelisch sind, zur Pflege des schwerkranken Mannes gerufen. Da der katholische Pfarrer gebeten hatte, ihm bei solchen ihn angehenden Krankheitsfällen Nachricht zukommen zu lassen, veranlaßte die Schwester die Angehörigen des Kranken, den Herrn Pfarrer zu rufen. Er erschien alsbald und ließ, nachdem er etwa eine Viertelstunde mit dem Schwerkranken allein gesprochen, die Frau desselben ins Zimmer kommen. Hier erklärte er ihr, der Kranke habe sich gegen die katholische Kirche versündigt, weil er sich evangelisch trauen und sein Kind habe evangelisch werden lassen. Da er dies einsehe, diese Sünde wieder gutmachen und auch katholisch beerdigt sein wolle, habe er den Entschluß gefaßt, sein Kind der katholischen Kirche zu überweisen. Im Anschluß hieran sagte der Herr Pfarrer noch zu der Frau, es sei ihm lieb, wenn auch sie katholisch würde, er wolle sie aber nicht zum Uebertritt zwingen. Hierauf zog er ein Papier aus seinem Rock, auf dem einige Zeilen mit Tinte geschrieben standen. Hierunter schrieb er noch mit Bleistift: Es ist der Wunsch des Mannes, daß sein Kind katholisch wird; da der Mann nicht mehr schreiben kann, unterschreibt es die Frau. Nur dieser Zusatz wurde der Frau vorgelesen und von ihr in der begreiflichen Aufregung unterschrieben. Der Herr Pfarrer erklärte ihr wiederholt, daß er von diesem Schriftstück später Gebrauch zu machen gedenke und entkräftete das Bedenken, daß sie als evangelische Frau ihr Kind nicht katholisch unterrichten könne, durch die Zusicherung, daß er selbst es unterrichten werde. Er drückte ihr dann noch ein Geldstück als vorläufige Unterstützung in die Hand und verbot ihr, zu irgend jemand, vor allem nicht zur Gemeindeschwester, etwas von dem Vorgefallenen zu sagen. Als der Pfarrer kaum das Haus verlassen hatte, starb der Kranke." — Die Unterzeichner erklären, daß der Vorfall „auf Grund protokollarischer Aussagen" dargestellt ist. Die Proselytenmacherei ist von jeher für alle rechtlich denkenden Menschen eine der widerwärtigsten Erscheinungen. Sie wirkt noch häßlicher und abstoßender, wenn in Fällen wie dem vorliegenden verderblicher Glaubensfanatismus selbst davor nicht zurückschreckt, einen mit dem Tode Ringenden die letzten Augenblicke zur Hölle zu machen.

Provinz Sachsen und Umgebung.

√ **Quedlinburg**, 8. Jan. (Verein zur Förderung der Pferde- und Viehzucht in den Harzlandschaften.) Gestern fand unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters Banse-Quedlinburg im Bürgersaale des Rathauses die Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung der Pferde- und Viehzucht in den Harzlandschaften statt. In derselben fand u. a. die Prüfung und Entlastung der Rechnung für das Jahr 1905 nach Vorschrift statt. In den großen Ausschuß wurden durch Zuruf wiedergewählt Kammerherr Graf v. Alvensleben-Neugattersleben, Oberst und Brigade-Kommandeur v. Kramsta-Brandenburg, Rittmeister v. Grone-Quedlinburg und Landrat v. Jacobi-Quedlinburg. Neugewählt wurde Rittmeister v. Plotho-Halberstadt. — An die Mitgliederversammlung schloß sich eine solche des großen Ausschusses. Dieser wählte für das Jahr 1907 sämtliche Mitglieder des Vorstandes wieder. In die Rennkommission wurden an Stelle des Leutnants v. Bülsing-Islöwen und des Leutnants Prinz v. Ysenburg-Halberstadt Leutnant v. d. Borch und G. v. Dippe-Quedlinburg gewählt. An Stelle des Landwirts Oppermann-Ditfurt wurde Landwirt und Hauptmann d. L. K. Tölle-Quedlinburg in die Lotteriekommission gewählt. Der Vorstand wird für das Jahr 1907 wieder die Genehmigung zur Abhaltung einer Lotterie beantragen. Als Renntermin für das Jahr 1907 wurde der 14. Juli festgesetzt. Für die Tierschau in Wernigerode wurde der bisherige Beitrag wieder bewilligt. Geplant wird, auf dem Rennplatze ein stehendes Totalisatorgebäude mit mehreren Maschinen zu errichten.

Letzte Telegramme.

Berlin, 9. Jan. Dem Etat des preußischen Finanzministeriums ist eine Denkschrift beigegeben betr. die Verlegung des Sitzes des Oberpräsidiums und des Provinzial-Schulkollegiums der Provinz Schleswig-Holstein von Schleswig nach Kiel, die damit begründet wird, daß Schleswig, das abseits vom großen Verkehr liege, dem Oberpräsidenten nicht, wie es in Kiel möglich sei, eine ausreichende Möglichkeit biete, zur erfolgreichen Führung seines Amtes die erforderliche Fühlung mit der Bevölkerung, den Behörden und den öffentlichen Körperschaften aufrecht zu erhalten. Die Durchführung der Verlegung würde am 1. Oktober 1907 durch Erlaß des Königs erfolgen, nachdem dazu die erforderlichen Mittel vom Landtage bewilligt seien.

Berlin, 9. Jan. Der „Freis. Ztg." zufolge sind die Geh. Legationsräte v. König und Rose zur Disposition gestellt worden.

Oldenburg, 8. Jan. In oldenburgischen Landtagskreisen verlautet, der Großherzog habe bereits ein kaiserliches Versprechen erhalten, daß ein Kanal von der Unterweser über Oldenburg-Dörpen nach dem Dortmund-Ems-Kanal gebaut werden solle.

Gmunden, 8. Jan. Die letzte Nacht der Königin von Hannover war unruhig. Am Morgen stieg die Temperatur auf 38, der Puls auf 100. Dabei litt die Patientin unter großem Durst. Prof. Mosetig erklärte sich außerstande, zu helfen. Er traf wieder in Wien ein und äußerte, der Zustand der Königin sei ernst, aber nicht hoffnungslos. Er habe in Anbetracht des hohen Alters die Operation vornehmen müssen, wenn auch unter ungünstigen Umständen und ohne Narkose. Die beiden Operationen seien sehr schmerzhaft gewesen. Die Königin hat auf eigenes Verlangen das Abendmahl eingenommen. In der evangelischen Kirche werden Bittgebete für die Genesung der Kranken gehalten.

Paris, 8. Januar. Aus Tanger meldet der „Temps"-Berichterstatter, daß er und ein Beamter des französischen Konsulats in Mogador beim Besuch eines Kaids in der Nähe von Marrakesch beleidigt und zwangsweise auf Befehl des Gouverneurs von Marrakesch nach dieser Stadt gebracht wurden.

Newyork, 8. Jan. Großes Aufsehen erregt in Newyork ein Leitartikel des „Sun", der ein Bündnis mit Deutschland als Gegengewicht gegen das anglo-japanische Bündnis erörtert.

Wetter-Aussichten auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

Donnerstag, 10. Januar: Milde, meist trübe, Nebel, feucht.
Freitag, 11. Januar: Kälter, bedeckt, Niederschläge, Nebel.

Wasserstände. (Letzte amtliche Nachrichten.)

Saale: Halle + 2,17, Trotha + 3,04, Alsleben + 2,82, Bernburg + 2,37, Calbe, Oberpegel + 1,98, Calbe, Unterpegel + 2,18. — **Unstrut:** Straußfurt + 1,90. — **Moldau:** Budweis + 0,05, Prag + 0,57. — **Havel:** Brandenburg, Oberpegel + 2,23, Brandenburg, Unterpegel + 1,63, Rathenow, Oberpegel + 1,80, Rathenow, Unterpegel + 1,48, Havelberg + 2,75. — **Elbe:** Pardubitz + 0,65, Brandeis + 0,50, Melnik + 0,04, Leitmeritz + 0,15, Aussig + 3,40, Dresden — 0,62, Torgau + 0,96, Wittenberg + 1,81, Mojtau + 1,16, Aken + 1,50, Barby + 1,90, Magdeburg + 1,58, Tangermünde + 2,42, Wittenberge + 3,90, Lenzen + 2,98, Dömitz + 2,92, Darchau + —, Lauenburg + 1,00.

Börsen- und Handelsteil.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Magdeburg**, 8. Jan. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen unverändert, engl. gut 168—173 M, mittel 160—167 M, gering bis 140 M, do. Sommer- gut 170—174 M, mittel —,— M, gering bis —,— M, do. Kolben Sommer- gut 180—186 M, do. Kaukgut 167—170 M, do. ausländischer gut 194—197 M. Roggen stetig, inländ. gut 160—163 M, ausländ. gut —,— M. Gerste ruhig, hiesige Chevaliergerste gut 172—182 M, mittel —,— M, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut 165 bis 175 M, hiesige Wintergerste —, ausländische Futtergerste ruhig, gut 128—130 M. Hafer stetig, inländischer gut 166—170 M, ausländischer — M. Mais unverändert, runder gut 136—138 M, amerikanischer bunter gut 136—138 M. Erbsen unverändert, hiesige Viktoria- gut 185—205 M, grüne Folger gut 175—195 M.

□ **Leipzig**, 8. Jan. Produktenmarkt. (Bericht von Neumann u. Leopold, Leipzig.) Weizen, ruhig, per 1000 kg netto inländischer 172—177 bz. Bf., ausländischer 191—205 bz. Bf. Roggen, still, per 1000 kg netto hiesiger 168—172 bz. Bf., polnischer und preußischer 168—172 bz. Bf., ausländ. 172—175 bz. Bf. Gerste per 1000 kg netto, Braugerste hiesige 168—183 bz. Bf., feinste über Notiz, auswärtige 186—207 bz. Bf., Mahl- und Futterware 133—153 bz. Bf. Hafer, ruhig, per 1000 kg netto inländ. 170—175 bz. Bf., ausländ. —,— bz. Bf. Mais per 1000 kg netto amerikanischer 141—145 bz. Bf., runder 139—141 bz. Bf., Cinquantin 150—168 bz. Bf. Delsaat per 1000 kg netto Raps —,— nominell. Rapskuchen per 100 kg netto 14,50 bis 15,00 bz. Bf. Rüböl, matt, rohes per 100 kg netto frei Haus hier ohne Faß flüssiges 67,50 nominell, gefrorenes —,— nominell. Außeramtlich: Malz per 100 kg netto bestes ab Fabrik 28,00—29,00, geringeres ab Fabrik 26—27, Wicken per 1000 kg netto loco —,—. Erbsen per 1000 kg netto loco große 200 bis 210, do. kleine 160—175, do. Futter 150—160. Bohnen per 1000 kg netto loco 230—260. Kleesaat per 100 kg netto rot nach Qualität 110—130, do. weiß nach Qualität 90—120, do. gelb nach Qualität 40—50, schwedische nach Qualität 100—140. Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgegend notieren: Weizenmehl Nr. 00 25,00 M, do. Nr. 0 23,50 M, do. Nr. I 20,00—21,00 Mark, do. Nr. II 18,00—19,00 M, Roggenmehl Nr. 0 u. I 24,75 M, do. Nr. II 18,00—19,00 M. Weizenschalen 10,50—11,00 M, Roggenkleie 11,50—12,00 M per 100 kg exkl. Sack.

L. Hamburg, 8. Jan. Tägliche ausländ. Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Kansas II schwim. 184 M, Jan./Febr. 185 M, Redwinter II Jan./Febr. 187½ M, Bahia Blanca 79/80 kg Jan. 186½ M, Febr. 186 M, März 185½ M, Rosafé 78 kg Jan. 187 M, Febr./März 186 M, Ulka 9 Pud 15/20 prompt 180 M. — **Roggen:** Südruß. 9 Pud 20/25 loko 162 M exkl. Kahn, 15/20 lad. gelad. 160½ M, 10/15 loko 160½ M, Febr. 162 M. — **Hafer:** Libau 174—180 M. **Futtergerste:** Südruß. 60/61 kg Jan. 120¾ M, Jan. alt 121 M bz., Febr. 121 M bz., Febr./März 121¼ M. — **Mais:** Mixed schwim. 120½ M, Jan. 120¼ M, Febr./März 120½ M, La Plata loko 120¼ M bz., April/Mai 122 M, Mai/Juni 120½ M.

— **Berlin**, 8. Jan. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 177,00—178,50 M ab Bahn. Roggen, inländ. 161,00—162,00 M ab Bahn, Mai —,— M. Hafer, märk., mecklenburg, pomm., preuß. pos. u. schles. feiner 172,00—179,00 M, mittel 167,00—171,00 M, gering 162,00—166,00 M ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik mixed 137,00—139,00 M, runder 137,00—139,00 M frei Wagen. Gerste inländ. Futterware mittel und geringe 142,00—164,00 M, gute 165,00 bis 174,00 M, russische und Donau leichte 128,00—131,00 M, schwere 135,00—153,00 M ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futter- und Taubenerbsen 165,00—174,00 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 22,50—24,75 M, Roggenmehl 0 und 1 20,90—22,70 M. Weizenkleie 10,30—10,80 M, Roggenkleie 10,75—11,10 M. — Preise um 2½ Uhr: Weizen fester: Mai 182,75 M, Juli 184,25 M. Roggen fest: Mai 168,25 M, Juli 168,75 M. Hafer fest; Mai 167,75 M, Juli 169,00 M. Mais still; Januar 131,50 M, Mai 124,50 M, Juli 121,75 M. Rüböl fest; Januar 67,30 M, Mai 62,70 M, Oktober 65,30 M.

L. Weltmarkt. Berlin, 8. Jan. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen:** Berlin, 755 gr., Mai 182,75, Juli 184,25. New-York, Red Wint. 2, loko 124,60, Mai 126,70. Chikago, Northern I Spring Mai 117,20, Juli 116,45. Liverpool, Red Wint. 2, März 142,35. Paris, Lieferungsw., Jan. —,—. Budapest, Lieferungsw., April 126,65. Odessa, Ulka $9^{28}/_{30}$ 3—4% Bes. einschl. Bordospes., loko 115,00. Buenos-Aires, Durchschn.-Qual. bordst., —,—. **Roggen:** Berlin 712 gr., Mai 168,25, Juli 168,75, Odessa, $9^{16}/_{18}$ einschl. Bordospes. loko 100,65. **Hafer:** Berlin 450 gr., Mai 167,75, Juli 169,00. **Mais:** Berlin, Lieferungsw., Mai 124,50. New-York mixed, Mai 83,15. Buenos-Aires, Durchschn.-Qual. bordst.. —,—.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Berlin**, 8. Jan. Kartoffelstärke 16,75—17,25 Mk., Kartoffelmehl 16,75—17,25 Mk., feuchte Stärke 8,90 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg**, 8. Januar. Spiritus stetig, Januar 18½ G., Januar-Februar 18¼ G., März 18½ G.

— **Paris**, 8. Januar. Spiritus fest, Januar 41,50, Februar 42,00, Mai-August 43,75, September-Dezember 39,00.

Stroh und Heu.

Halle a. S., 9. Jan. (Mitgeteilt von Otto Westphal.) Sämtliche Preise gelten für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn hier, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier.

Roggen-Langstroh (Handdrusch) knappes Angebot: 2,25 M.

Maschinenstroh für Papierfabriken bei Partien: Roggenstroh und Weizenstroh ohne Geschädt; zu Streuzwecken bei Partien: Roggenstroh 1,90 M, Weizenstroh 1,90 M, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 2,10 M, Weizenstroh 2,10 M: Breitdrusch bei Partien: Roggenstroh 2,00 M, Weizenstroh 2,00 M.

Wiesenheu hiesiges oder Thüringer bei Partien: 2,60 M, in einzelnen Fuhren: 3,00 M; gute fremde Sorten bei Partien: 2,30 M, in einzelnen Fuhren: 2,50 M.

Kleeheu erster Schnitt, beste Sorten bei Partien: 2,50 M, in einzelnen Fuhren: 2,80 M; minderwertige Sorten nicht gehandelt.

Torfstreu in 200 Ztr.-Ladungen: frei Bahn hier 1,05 M, in einzelnen Ballen: vom Lager hier 1,50 M.

Häcksel, gesund und trocken, bei Partien frei Bahn hier 2,20 M, im einzelnen vom Lager hier 2,70 M.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 8. Januar. Rüböl loko 72,00, Mai 67,00.

— **Hamburg**, 8. Jan. Rüböl ruhig, loko verzollt 70,00.

— **Paris**, 8. Jan. Rüböl behauptet Januar 81,00, Februar 74,00, März-April 68,00, Mai-August 62,50.

— **Amsterdam** 8. Januar Leinöl fest, loco —, Februar —, Februar-Mai —, Juni-August 22, September-Dezember $21^7/_8$.

W. **Pest**, 8. Januar. Raps per August 12,90 Gd., 13,00 Br.

Zucker.

W. **Hamburg**, 8. Jan. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Januar 17,45, per März 17,80, per Mai 18,10, per August 18,40, per Oktober 18,05, per Oktober-Dezember 18,00. Tendenz: Ruhig.

— **London**, 8. Jan. 96% Java-Zucker loko ruhig, 10 sh. 3 d. Verk. Rüben-Rohzucker loko stetig, 8 sh. $8^1/_2$ d. Käufer.

Kaffee.

— **Hamburg**, 8. Januar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 32 G., Mai $32^1/_2$ G., September $33^1/_2$ G., Dezember 34 G. Tendenz: Behauptet.

— **Havre**, 8. Januar. Kaffee. Good average Santos März 40,25, Mai 40,50, September 41,25, Dezbr. 41,75. Tendenz: Schwach behauptet.

— **Amsterdam**, 8. Jan. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 35.

W. **Rio de Janeiro**, 7. Jan. Kaffee. Zufuhren 17 000 Sack in Rio, 78 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 8. Jan. Baumwolle. Stetig. Upland middling loco $5^5/_8$ Pfg.

— **Antwerpen**, 8. Jan. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Jan. 5,70 Käufer Mai $5,52^1/_2$ Käufer. Behauptet.

W. **Liverpool**, 8. Jan. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Tendenz: Willig.

Amerikan. good ordinary Lieferungen: Fest. Per Jan. 5,63, per Jan.-Febr. 5,62, per Febr.-März 5,60, per März-April 5,58, per April-Mai 5,57, per Mai-Juni 5,57, per Juni-Juli 5,57, per Juli-August 5,55, per Aug.-Sept. 5,19, Sept.-Okt. 5,44.

Petroleum.

— **Hamburg**, 8. Jan. Petroleum ruhig, Standard white loko 6,80 Br.

Metalle.

— **Amsterdam**, 8. Januar. Banca-Zinn fest, loco $115^1/_2$.

— **London**. 8. Jan. Silber $32^3/_8$ Lstrl. Chile-Kupfer $106^1/_4$ Lstrl., per 3 Monate $107^1/_8$ Lstrl. Blei, span. $19^{13}/_{16}$ Lstrl., engl. 20 Lstrl. Zinn 189 Lstrl., Zink $27^7/_8$ Lstrl.

— **Glasgow**, 8. Jan. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 61 sh. $1^1/_2$ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Magdeburg**, 8. Jan. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 234 Rinder, 271 Kälber, 195 Schafvieh usw., 1655 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Ochsen: A. 41—43, B. 37—40, C. 34—36, D. 31—33 M. Bullen: A. 40—42, B. 36—39, C. 33—35, D. 30—32 M. Kalben u. Kühe: A. —,—, B. 31—34, C. 28—30, D. 25—27, E. 21—24 M. Kälber: A. 54—60, B. 45—52, C. 36—44, D. —,— M. Schafe: A. 35 bis 38, B. 33—35, C. 30—33 M. Schweine (mit 20% Tara): A. 65—66, B. 62—64, C. 57—60, D. 55—62 M. — Verlauf und Tendenz: flau. Ueberstand: 40 Rinder, 19 Kälber, 4 Schafe, 280 Schweine.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 8. Jan. Roter Winter-Weizen loko 80, per Januar —,—, per März —,—, per Mai $81^7/_8$, per Juli $81^1/_8$. **Mais** per Januar $52^1/_4$, per Mai $50^1/_4$, per Juli $50^1/_2$. Mehl 3,20. **Getreidefracht nach Liverpool** $1^3/_4$.

W. **Chicago**, 8. Jan. **Weizen** per Mai $75^3/_4$, per Juli $75^1/_8$. **Mais** per Mai $43^3/_8$.

W. **New-York**, 8. Jan. **Petroleum** Standard white in New-York 7,50, do. in Philadelphia 7,45, do. in Refined Cases 10,00, do. Credit Balances at Oil City 158.

W. **New-York**, 8. Jan. **Schmalz** Westernsteam 9,60, Rohe und Brothers 9,75.

Verantwortlich: für Politik und Feuilleton Dr. Walther Gebendeben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil Hermann Behle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190701092-12/fragment/page=0003

Berliner Börse, 8. Jan. 1907

Die Rubrik in Cursivschrift giebt die Zinstermine an. Es bedeutet: 21.Jan. | 4.1.Apr. | 21.Juli | 0.1.Oct. | 1.1.7. | 4.1.10. | 15.3.9. | K.15.6.12. | q. quartalitert. 1.4.7.10. | 21.Febr. | 5.1.Mai | 51.Aug. | N.1.Nov. | 0.1.2.8. | 1.5.11. | A.15.4.10. | 11.6.12. | q. | 1.2.5.8.11. | 21.Mrz. | 6.1.Juni | 9.1.Spt. | D.1.Dez. | 1.6.12. | 15.5.11. | v. versch. | ¼ q. | 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. 7 fl. Gold.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½ M. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Latis.: 20,40 M.

Berlin, Bankdiskont 7%, Lombardzinsfuss 8%, Privatdiscont 5¼%. Nachdruck verb.

Deutsche Fonds u. Staats-Pap.

Dt. Reichs-Schtz	3½	98.80G	
do. 1905 u. 07	3½	98.80G	
Dt. Reichs-Anl.	3½	98.20G	
do. do.	3	87.10b	
Preuss. consols Anl	3½	98.30G	
do. do.	3	87.10G	
Bad. Stb.-Anl. 01	4	102.60G	
do. do. 02	3½	97.25G	
Bayerische Anl.	4	102.20B	
do. do.	3½	98.20G	
do. Eisb.-Obl.	3	—.—	
Braunschw. Lbg.	3	—.—	
Brem. Anl. 1899	3½	97.60bB	
do. 1896	3	84.50G	
Cass. landesanl.	3½	97.00B	
Gr. Hess. St.A. 09	4	103.00G	
do. 93/00	3½	97.00bB	
do. 98.03.04.05	3	—.—	
Hamb. Staatsanl.	3½	—.—	
do. amort 1900	4	—.—	
do. do. 93/99	3½	97.60bG	
do. Staatsa. 09	3	85.80G	
Lübeck. St.A. 96	3½	97.60G	
do. 95	3	—.—	
Meckl. Eb.-Schuld	4	—.—	
do. cons. 90.94	3½	—.—	
Oldb. St.A. v. 03	4	—.—	
do. do. v. 96	3	—.—	
do. Staatsl. Kred.	0	—.—	
Sächs. Weimar.	4	102.00B	
Sächs. Staatsrente	3	86.60G	
Brandb. Pr.-Anl.	3½	94.70b	
Hann. Pr. VII. VIII	3	—.—	
do. do. IX	4	—.—	
Ostpr. Prv.-Obl.	4	103.50G	
do. do.	3½	98.50G	
Pomm. Prv.-Anl.	3½	95.20G	
Posen. Prv.-Anl.	3½	94.80b	
do. do.	3	—.—	
Rheinpr. XX. XXI.	4	101.90B	
do. XXII. XXIII.	3½	99.60b	
do. XIX. uk. 09	3½	95.50G	
do. XXIV-XXVII.	3½	95.60G	
do. VIII	3	91.25G	
do. IX. XI. XIV.	3	—.—	
Westf. Prov. Anl.	4	101.40G	
do. do.	3½	98.20G	
Westpr. Prv. Anl.	4	—.—	
do. do.	3½	—.—	
Aachener St. Anl.	3½	96.50G	
Altona St. Anl.	3½	96.30B	
Anklam K. 1901	4	102.00B	
Augsburg St.-A.	4	95.80G	
do. do.	4	101.10b	
Barmen 1899	4	101.40G	
do. 1901	4	101.60G	
Berl. St.A. 76/78	3½	98.30G	
do. 82/98	3½	98.30G	
do. Stadt-Syn.	1	98.20G	
do. do. 1902	4	96.40b	
Bielefeld. St.-A.	4	101.30B	
Bonner St.-Anl.	4	96.75G	
do.	3½	—.—	
Brandenburg 10	4	—.—	
Breslau St.A. 91	3½	95.80b	
Bromberg v. J. 02	4	101.70b	
Charlott 89/99	4	101.70b	
do. 95.99, 1902	3½	95.90B	
Cöln Stadtanl.	4	102.20b	
do. 1909	4	102.20b	
Cöpenick. St.-A.	4	101.60b	
Crefld. 00 u. 05	4	101.20G	
Danziger St.-A.	4	96.10G	
Dt. Wilmersdorf	4	101.50b	
Dortmund. St.-A.	3½	95.80G	
Dresdner St.-A.	3½	—.—	
do. 1905	4	97.25G	
Düsseld. 99 u. 06	4	101.20b	
do. 88/1903	3½	98.60G	
Düsseld. St. 1899	4	101.80G	
do. 1899	3½	98.80G	
Erfurter Stadt-A.	4	101.30G	
Erfurt St. 1899	4	101.80G	
Frankf. St.-A. 01	3½	96.60G	
Freiburg i. B. 1903	4	101.60G	
Görlitzer St.-A.	4	101.75G	
do. do.	3½	96.60G	
Halleische St.-A.	3½	98.10bB	
do. do.	4	102.70b	
Hamm i. W. 1903	4	95.00G	
Hannov. St.-A. 95	3½	—.—	
Hildesh. St.-Anl.	4	95.75b	
Kaisersl. St. Anl.	4	101.60G	
Karlsr. St. 95/99	4	101.60G	
Kieler St.-Anl.	3½	94.90G	
Königsb. St.-A. 99	4	101.30G	
Leer i. O.	4	—.—	
Lichtb. Gm. 1900	4	100.80G	
Lüneb. St.-A. 1905	4	—.—	
do. 1902	4	94.80G	
Magdeburger	4	98.25G	
do. 91 u. 10	4	—.—	
Mannheim 1901	4	—.—	
Mülh. Rhr. St.-A.	4	94.80G	
München. St.-A.	4	95.90G	
do. do. 1900/01	4	102.00G	
Münster 1897	3½	96.10G	
Nürnb. St. 99/01	4	102.25b	
do. 1896/98	3½	95.60G	
Peiner St.-A.	4	—.—	
Pirmasens	4	101.00G	
Posener St.-A.	3½	95.00b	
Potsdamer St.-A.	4	—.—	
Rostocker St.-A.	3½	96.00G	
Schoneb. Gem.-A	4	95.60G	
Schwerin. St.-A.	4	—.—	
Spandauer St.-A	4	101.00G	
do. do.	3	—.—	
Stargard. St.-A.	4	—.—	
Stettiner St. Anl.	3½	94.75b	
Tettower Kreis-A.	4	102.50G	
Thorn. O. Ure. 11	4	101.40G	
Weimar. St.-Anl.	3	—.—	
Wiesbad. St.-A.	3½	—.—	
Worms. St.-A. 90	4	102.00G	
Preussische Pfandbriefe.			
Berlin. Pfandbr.	4	125.50G	
do. do.	4	109.25b	
do. do.	4	—.—	
do. do.	3½	98.00G	
do. do. neue	3½	100.30G	
do. do.	3	96.00B	
do. do.	3	84.75G	
Pommersche	3½	98.20G	
do.	3	86.10b	
do. neuldch.	3½	95.80b	
do. do.	3	84.50G	
Posensche	4	102.20b	
do. XI-XVII	4	102.10G	
do. Lit. D.	4	101.70G	
do. Lit. E.	3½	98.30G	
do. Lit. C.	3½	97.00G	
Sächsische	4	103.00B	
do.	3½	98.50G	
do.	3	86.40b	
Schles. altl.	3½	97.25G	
do. Ldsch. L. A.	4	102.50G	
do. do.	3½	97.30b	
do. do.	3	87.40B	
do. do. L. D.	4	100.90b	
do. do. L. E.	3½	98.20G	
do. do.	3	87.40G	
Schl. Holst. L. C.	4	—.—	
do.	3½	95.00G	
Westf. Land	4	101.90b	
do.	3½	95.90b	
Westpr. ritt. L.	4	101.90G	
do. do. 18.	3½	99.50G	
do. do. II.	3½	98.50G	
do. do. I.	3	85.70G	
do. do. II.	3	84.50b	
Westpr. neuland	3½	85.00b	
Westpr. neuland	3½	84.60b	
Neus. Landfp. Pf.	3½	97.90B	
Hess. Hpt. Vl. VII	3½	97.30G	
do. do. IX. XI	3½	97.30G	
do. Com. Obl. I-II	3½	97.30G	
Sachs. Alth. L.	3½	98.25G	
Schs. Lw. Pf. XXIII	4	102.00G	
do. do. XXIV	4	96.50G	
do. Grdbr. b. XXIII	3½	97.10G	
do. do. b. XXV	3½	96.90G	
Renten-Briefe.			
Hannoversche	4	101.00G	
do.	3½	97.10.—	
Hessen-Nassau	4	—.—	
do.	3½	—.—	
Kur- u. Neumk.	4	101.00G	
do. do.	3½	—.—	
Pommersche	4	101.00G	
do.	3½	96.75b	
Posensche	4	101.00G	
do.	3½	96.50G	
Preussische	4	101.00G	
do.	3½	—.—	
Rhein.-Westf.	4	101.10b	
do.	3½	96.60G	
Sächsische	4	101.00G	
do.	3½	96.90G	
Schlesw.-Holst.	4	101.20b	
do.	3½	96.70G	
Deutsche Lose.			
Augsburg 100 fl.		37.60G	
Bad. Pram.-A. 67	b	4	—.—
Braunschw. 20 Tl.		frc.	183.20bB
Cöln. Dom-Pr. Anl.		3½	136.00bB
Hamb. 50 Tlr. L.		3	—.—
Lübecker do.		3½	147.90b
Meining. 7 Gld. L.		frc.	38.00b
Oldenb. 40 Tlr. L.		3	129.70b
D. Ostaf. Schuldv.		3½	97.10.—
Ostafr. Eisb. Anl.		3	96.90b
Ausland. Fonds u. Pfandbr.			
Arg. Eisbhn. 90		5	101.00G
do. Anleihe 87		6	103.50b
do. ang. 1000 Pf.		5	100.30
do. inn. 4000 M.		4	95.60G
do. aus. 1000 Lr.		4	95.25b
do. v. 1888		4	89.90b
Bosnische Anl.		4	—.—
do. v. 98u. 1905		4	—.—
do. 1902		4	100.50b
Bulg. St. Anl. 92		6	—.—
do. mittlere		6	102.00B
Chile Gold Anl.		4	92.00G
do. do.		4½	93.40G
do. v. 1906		4½	91.70G
Chin. Anl. v. 1895		5	—.—
do. do. 1898		5	101.90b
do. von 1898		4½	97.40G
Egypt. Anl. gar.		4	—.—
Egypt. Daira Anl.		4	—.—
Finnland Lose		7	—.—
Freiberg. 15 Fr. L.		frc.	41.25b
Griechen 81/04		1	19.60
Griechen Gold		4	71.50G
do. Monopol		4	51.90G
Ia. Pirlaus L. 400		1,6	50.50G
Japan Anl. II. 1.7		4½	94.25G
do.		4½	85.90G
Italienisch. Rente		4	102.75G
do.		4	—.—
Mex. Anl. 50 L.		5	—.—
do. 200 L.		5	103.00B
do. 100 L.		5	103.00B
do. 1904		4	94.30G
Norwegen Anl. 94		3½	—.—
do. 88		3	—.—
Oesterr. Goldrente		4	99.00b
do. Kronenrente		4	99.20b
do. einh. cv. Rente		4	99.20b
do. Silb.-Rente		4	—.—
do. Pa.-Rente		4	—.—
do. Staats-A. (L.)		3	—.—
do. 1860 r. Lose		4	158.25b
do. 1864 Lose		frc.	471.75bG
Port. St. A. unif. Ill		3	70.70b
do. III. Serie		frc.	13.20b
Rumän. 1903		4	101.25b
do. 1894		4	92.10G
do. 1890		4	94.50B
do. 189		4	90.90b
do. 1894		4	90.90b
do. amrt. 98		4	90.30G
do. cons.		4	90.90G
Russ. v. 1889		4	91.40b
Russ. A. 1880		4	95.75b
do. Goldrente		4	101.60G
do. Goldanl. 89		4	50.00G
do. do. 1894		4	94.90b
do. do. 1894		4	101.30G
do. do. 1896		4	63.60b
do. E.B.A. II. Gl.		4	—.—
do. 1902		4	80.80G
do. 1905		4½	91.90G
do. Staatsrente		4	73.80b
do. Nicolai-B.		4	—.—
do. Prämi. A. 64		4	377.50b
do. do. 66		5	279.00b
do. Bodencred.		4	—.—
do. conv. Obl.		3,8	73.00b
San Paulo G. A.		4	98.00G
Serbien A. 86		4	89.75b
do.		5	98.00G
Serb. an. A. 95		4	82.40G
Span. Schuld kl.		4	—.—
Spanische Anl.		4	97.70G
do. Tabak-Rente		4	98.50G
do. Tabak-Anl.		4	97.90G
do. Tabak-Anl.		4	97.90G
Schweden Anl.		3½	—.—
Schweiz. Bundesanl.		3½	98.20G
Serbien Gold		4	89.60G
do.		5	85.50G
do. Tabak-Rente		5	87.25G
do. Monopol		5	85.40G
Türkische Anl.		4	—.—
do.		4	—.—
do.		4	—.—
do